

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonntags.
Preis monatlich durch
die Post bezogen 40 Pf.
eingetragen in die
Postleitungsliste Nr. 6482.

Zuzelgepreis
50 Pf. für die 3 gepl.
Postkarte.

Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Vorstandskonto: Nr. 38815 Postsparkasse Hannover.

Verlag von A. Brey.
Druck von C. A. A. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Dräse, Hannover.
Redaktionsschluss: Freitag morgen 8 Uhr.

Reaktion und Expedition:
Hannover, Volkstr. 7, 2. Et. — Gegenrech-Anschluß Nord 3002.

Zum 60. Geburtstage des Kollegen Brey

sind eine Unmenge poetische und prosaische Ehrungen für den Jubilar eingegangen. Aus diesem Anlaß wendet sich der Kollege Brey mit folgenden Worten an die Gratulanten:

Anlässlich meines sechzigsten Geburtstages sind mir von den Gauführern, von Zentralverwaltungen, von Konferenzen und von einzelnen Kolleginnen und Kollegen soviel Glückwünsche zugegangen, daß es mir nicht möglich ist, jedem Gratulanten meinen Dank besonders abzusagen. Ich muß mich damit begnügen, auf diesem Wege allen mit Glück Wünschenden meinen herzlichsten Dank auszusprechen.

Hannover, den 2. August 1924.

August Brey.

Die Gerupften.

Seitdem das Privateigentum angefangen hat, im öffentlichen Leben eine Rolle zu spielen, gibt es Gesellschaftsklassen, und seit dieser Zeit sind die Gerupften stets jene gewesen, die wirtschaftlich unfrei, d. h. abhängig waren. Abhängig von den Besitzern der Betriebsmittel waren und sind alle, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft an die Besitzer der Produktionsmittel zu verkaufen, um leben zu können. Allerdings zur Zeit der Sklaverei, der Leibeigenenschaft, der Hörigkeit konnte von einem Verkauf der Arbeitskraft auf Grund "freier" Vereinbarung nicht die Rede sein. Nichtsdestoweniger waren auch die Sklaven gezwungen, zu arbeiten, um leben zu können, und sie wurden mitunter noch viel schlimmer ausgebunten als heute die freien Arbeiter. Erst als die Leibeigenen und die Hörigen Land erhielten, durch dessen Bearbeitung sie ihre Existenz sichern konnten, waren sie frei, wirtschaftlich frei. Hat heute ein freier Bauer nur so viel Land, um nordärtig leben zu können, so wird er trotzdem noch zu den Gerupften zu zählen sein. Besitzt er aber so viel Land, um über seinen Bedarf hinaus zu produzieren, eventuell auch noch unter Benutzung fremder Arbeitskräfte, so kann er sich durch Abwälzung der Steuern mit Hilfe hoher Preise für seine Erzeugnisse oder durch übermäßige Ausbeutung der fremden Arbeitskräfte. Jene Hörigen und Leibeigenen, die frei wurden, ohne Landbesitz zu erhalten, waren wohl rechtlich frei, wirtschaftlich jedoch unfrei. Sie waren und sind Proletarier.

Die Besitzer der Produktionsmittel — einerlei, ob der gewerblichen oder der landwirtschaftlichen — hatten und haben es also in der Hand, alle Lasten und Steuern von sich abzuwälzen, einmal auf die Verkäufer der Arbeitskraft und zum zweiten auf die Konsumenten.

Dass die Besitzer der Produktionsmittel schon in den frühesten Zeiten die politische Macht ausüben und sich ihre wirtschaftlichen Vorteile gesetzlich sicherten, war eine Auswirkung ihrer wirtschaftlichen Freiheit und ihrer wirtschaftlichen Macht. Damit erhielt die wirtschaftliche Ausbeutung der Arbeitenden und die Bereicherung auf Kosten der Arbeitenden den Schein des Rechts.

Nun sind die geistig und körperlich Arbeitenden an Zahl den Besitzern der Produktionsmittel überlegen. Trotzdem haben die erzogenen bei voller juristischer und politischer Freiheit es noch nicht verstanden, die Macht der Zahl politisch zu nutzen, um sich wirtschaftlich freizumachen. Dieses Ziel durch einen Gewaltakt zu erreichen, ist auf Grund des soeben festgestellten Unverständnisses und einer Reihe anderer entscheidender Faktoren ganz unmöglich. Und so ist es heute in allen "Kulturstaaten" mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung noch genau so wie es einst war: Jene, die sich infolge ihrer wirtschaftlichen Unfreiheit am wenigsten wehren können und die infolge ihres engen geistigen Horizonts am leichtesten zu befürden sind, werden gerupft bis zur völligen Blöße.

Der deutsche Staat braucht zu seiner Existenz wie jeder andere Haushalt finanzielle Mittel. Diese kann er nur erhalten von seinen Gliedern, also von den Staatsangehörigen. Er muß Steuern erheben. Je nachdem, aus welchen Klassenvertretern das Parlament und demzufolge die Regierung zusammengesetzt ist, wird die Verteilung der Steuerlasten auf die verschiedenen Volkschichten erfolgen. Wesentlich ist auch noch die Klassenzugehörigkeit der Personen des staatlichen Verwaltungssapparates, die als Ausführungsorgane in Frage kommen, ob die Steuerleistung nach Leistungsfähigkeit bewertet wird.

Aber selbst angenommen, die Steuergesetze seien der Leistungsfähigkeit der Gesellschaftsklassen resp. der Bevölkerung angepaßt, die Besitzer der Produktionsmittel haben es immer wieder in der Hand, die Steuern von sich abzuwälzen. Um die Frage der Abwälzung dreht sich nun gegenwärtig der ganze Streit über die Zahlung der Reparationslasten. Damit hängt zusammen die Arbeiterschaft und die Schuhzollfrage. Industrie und Landwirtschaft sind die Exponenten in diesem Kampfe gegen die Arbeit-

sozial als Verkäufer der Arbeitskraft und gegen die Arbeiterschaft als Konsumenten. Die bürgerliche Regierung steht auf der Seite der Produktionsmittelbesitzer.

Industrie und Gewerbe: Die Industriellen haben am frühesten versucht, vorzubeugen. Ihre besessenen Sekretäre führen seit langerer Zeit einen wüstenden Kampf gegen den Achtfunderttag. Durch die Verlängerung der Arbeitszeit wollen sie die Lasten der Reparationschulden von sich abwälzen, denn lediglich hohe Preise führen nicht zum Ziel, weil

ist, wenn die Menschen durch die Erfahrungen sozial zu denken gelernt haben.

Alle unsere wirtschaftliche und soziale Not erwächst aus der Tatsache, daß die zur Herstellung der Nahrung aller Volksgenossen notwendigen Betriebsmittel, also in allererster Linie Grund und Boden, sich in Privathänden befinden. Erst wenn auf Grund unerträglicher Not die übergroße Mehrheit aller Volksgenossen eine geistige Umstellung erfahren hat insfern, daß sie sich der Gefahr des Privateigentums an Grund und Boden über den Eigentumsdarf hinaus bewußt geworden ist, wird es möglich sein, aus dieser geistigen Einstellung die politischen Konsequenzen zu ziehen und allmählich zur sozialen Wirtschaft überzugehen.

Schall und Rauch der Industrieverbändler.

Der kommunistische Industriearbeiterverband für die chemische Industrie auf den Farbenfabriken in Leverkusen hatte vor der Neuwahl des Betriebsrates mit ungeheuren Werkschwall der Arbeitern vugesprochen, nach Vertreibung der Reformisten würden alle Mitglieder radikal bestreikt, die Entlohnung würde besser und auch die Zukäufe für besonders schwierige und schwierige Arbeiten würden wesentlich erhöht werden. Besonders würde aber mit der Direktion ganz radikal verfahren werden.

Wie sieht es in Wirklichkeit aus? Was hat der neue Arbeiterrat getan? Antwort: Nichts. Bis zur Stunde hat der Arbeiterrat auch nicht das geringste erreicht. Im Gegenteil, Verschlechterungen sind aus der ganzen Linie durchgängig eingetreten. Wo noch besondere Vergünstigungen über den Tarif bestanden, die der alte Arbeiterrat durch lange Verhandlungen herausgeholt hat, sind sie heute bestreikt. Nicht einmal ist der Verlust gemacht worden, das Besteck zu erhalten. Gewerkschaftlich betrachtet, verfügt man bei ungünstigen Verhältnissen das Ertrage mit äußerster Zähigkeit festzuhalten. Der Arbeiterrat macht genau das Gegenteil. Man hat dann die billige Ausrede: Es war nichts zu machen.

Die Direktion erklärt den Gewerkschaften: Wir haben noch nie so wenig mit Arbeitsergebnissen zu tun gehabt wie gegenwärtig. Also mit anderen Worten: Die Industrieverbändler lassen uns in Ruhe. Auch die Arbeiterschaft läuft die Herren ruhig auf dem Schenkel sitzen. Sie haben ja genug zu tun. Jeden Tag kommen neue Patroulen aus Moskau, und zudem müssen die Arbeit, daß der Arbeiterrat praktische Arbeit nicht leisten kann. Kommen die Arbeitern und klagen über die Verhältnisse oder verlangen höhere Zusätze, wird ihnen gesagt: Es hat keinen Zweck, wir erreichen nichts.

In der Erkenntnis dieser Lage wandten sich die Osenarbeiter und Staubkammermeister in der SO-Fabrik an die Geschäftsleitung des Fabrikarbeiterverbandes in Köln und verlangten, daß die Zukäufe um 50% erhöht werden. Die Arbeit, die sie verrichten müssten, sei bedeutend mehr geworden. Die Verbandsleitung kam dieser Aufforderung sofort nach und erhielt am 24. Juli folgendes Bescheid:

An den
Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands,
Sohlstraße 51 in

Im Nachgang zu unserem Schreiben vom 9. Juli betr. Aufbesserung der Löhne für die Osenarbeiter und Staubkammermeister in der SO-Fabrik wird Ihnen mit, daß wir nach Prüfung Ihres Antrages uns entschlossen haben, die Zukäufe in der Frage kommenden Arbeit Ihrem Antrag gemäß zu regeln.

Farbenfabriken, dort: Friedr. Bayer,
ges. Dr. Bertram, Kühnmann.

Die Eingabe hatte also einen vollen Erfolg. Aus diesem Vor-gang erhielt die Arbeiterschaft, daß trotz der Ungenüge der Verhältnisse die Gewerkschaft in der Lage war, für die Arbeit praktische Erfolge zu erzielen. Der mögliche Mehrwertdienst kommt den Familienangehörigen zugute. Die Frau im Hause führt eine kleine Erleichterung. Sie kann ein wenig mehr einkaufen. Die Hängigen werden nicht seit gemacht durch Annahme von Resolutions. Auch nicht durch Demonstrationen. Auch nicht dadurch, daß alle Tage polterlange Artikel in der Bergischen Arbeiterkunde stehen und auf dem Papier revolutionär gearbeitet wird.

Kein, so geht es nicht! Auch das neuste Glanzstück kommunistischer Propaganda bringt der Arbeiterschaft die längstere Hilfe nicht. "Arbeitskampf", eine neue soziale Betriebszeitung, spricht von seit zu seit wie Ossi und Galli auf die Kapitalsknechte der Fabrik. Die Arbeiter greifen darauf und bespielen dieses Missfall mit 15 Pf. pro Stück. Gehen end nun die Augen nicht auf, ihr Arbeiterrat? Dafür zahlt ihr Beiträge. Für diesen Zweck werden erste Großverpäckte. Nicht dazu, um end wirtschaftlich zu helfen, eine Lage zu verbessern. Die Schafe und Geiseln denken gar nicht daran, die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten. Wenn sie das wollen, hätten sie im Fabrikarbeiterverbande bleiben können. Eines ist aber sicher: Die Erkenntnis der Arbeiter ist im Nachgang. Das ist gut.

Die Erkenntnis, die den Arbeitern nun kommt, scheint auch beim Arbeiterrat durch die offensichtliche Kutschierung in der Gewerkschaftsfrage vorhanden zu sein.

Der Geschäftsführung ging folgendes Schreiben zu:

An den
Fabrikarbeiter-Verband, Sohlstraße 51,

zu Hd. des Herrn Hertwig.

Der Arbeiterrat der Farbwerke Leverkusen stellt den Antrag, da er an dem Tarif beteiligte Gewerkschaften, daß Mitglieder der Betriebsvertretung bei vorkommenden Verhandlungen über Lohn oder sonstige Angelegenheiten für das Kölner Wirtschaftsgebiet der Chemie, Sektion 4a, einzugehen werden.

geschrift.

Da auf einmal entdecken die Herren Industrieverbändler, daß auch sie verhandeln müssen, was vor einigen Wochen als ein Vertrag an der Arbeiterschaft gegenüber dem Fabrikarbeiterverband in Kaufenden von Flugblättern verkündet wurde. Sie sind also auf

Die Folge der Schutzzölle würde sein eine Entwertung der Löhne und neue scharfe Lohnkämpfe bei einsetzender besserer Konjunktur in Industrie und Gewerbe. Gewiß wird der Staat alle seine Leistungen in letzter Linie überhaupt nur aus der Arbeit, aus der Produktion schöpfen können. Aber ist es notwendig, daß gerade die Besitzer der kapitalistischen Produktionsmittel nichts, die Besieglosen aber alles tragen? Außerdem kann nur bringen politische Einsicht und daraus folgende Einigkeit aller Besieglosen bei Ausübung ihrer politischen Rechte. Das steuerliche Unrecht aber wird nur beseitigt werden können mit dem Wirtschaftssystem, was wiederum nur möglich

am Wasserhaken angefangen, und weil dazu bekanntlich Zeit aufwendig ist, ist dieses Schreiben eine Bankrotterklärung ihrer Grundlage zugleich aber fällt die herzliche, revolutionäre Maske. Schreien und brüllen über Verlust war von jeher eine viel leichtere Ausgabe, als selbst durch Taten praktische Erfolge der Arbeiterschaft zu bringen und sie auch dauernd, besonders in der Krisenzelt zu halten. Dass bei den Industrieverbänden diese Grundlage nicht Gelingen finden konnten, ist uns ohne weiteres klar, weil vor dem Kriege und auch bis in die Kriegszeit hinein die Herren alle dem gelben Verkäufe angehörten und alles, was die Firma an Wohlfahrtsseinrichtungen brachte, ihnen sehr willkommen war. Wer die Leitung des Industriearbeiterverbandes kennt, der weiß, dass es dem Arbeiterrat darum zu tun ist, bei den Verhandlungen für die Belegschaft Verbesserungen durchzusetzen, sondern es handelt sich darum Material für die Agitation zu bekommen. Deshalb nutzte die Antwort an den Arbeiterrat auch so ausfallen, wie es nach den gegebenen Verhältnissen unter Wahrung der Interessen unserer Mitglieder und der Gesamtorganisation möglich war.

In den Arbeiterrat der Farbenfabrik, vorm. Friedr. Bayer & Co.
Leverkusen.

Bef. Verhandlungskommission.

In höchster Beantwortung Ihrer Anfrage vom ... d. Ms. teilen wir Ihnen mit, dass in der Verhandlungskommission von der Farbenfabrik 3 Mitglieder vom gegenwärtigen Arbeiterrat vertreten sind.

Auch in der Tarifkommission zur Behandlung aller vor kommenden Fragen ist die Farbenfabrik durch 5 Mitglieder vertreten. Dazu gehören 3 dem gegenwärtigen Arbeiterrat und 2 Mitglieder dem Kreise der Parteienleute an.

Über die Gründüsse der Zusammensetzung der Verhandlungskommission verweise ich auf die Bestimmungen des Rahmenvertrages für das Kölner Wirtschaftsgebiet der chemischen Industrie.

Wir nehmen an, dass damit die Angelegenheit ihre Erledigung gefunden hat.

In der Hoffnung, Ihnen damit gedient zu haben, zeichnet hochachtungsvoll

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands,
Schriftstelle Köln. P. Herwig.

Jedwischen mag die Firma die Situation ans. Gest jeden Tag werden Arbeiter wegen der geringsten Kleinigkeit entlassen, und kein Mensch kümmert sich darum. Selbst Mitglieder des Arbeiterrats werden an die Lüft befördert, und auch hier zeigt sich der Arbeiterrat als vollständig machtlos, weil durch Unmenschlichkeit und Unvorsichtigkeit sich eingetretene unangemessene Auflösungen hinreichend lassen, die nach § 122 der Gewerbeordnung es der Direktion leicht machen, die Amtsenthebung beim Gewerbeamt zu beantragen. So liegen der Arbeiterrat und, was noch viel schlimmer ist, Haudekse von Leitungen und großen Geschäftsmännern auf die Strafe.

Dies sind Folgen einer jahrelangen Verhinderung der Arbeiterschaft, die, wie geschildert, zur vollständigen Ohnmacht und Bedeutungslosigkeit führen musste. In kurzer Zeit finden die Tenenzen zum Arbeiterrat statt. Die vom Industrieverband eingerichtete Liste ist erledigt. Die Mehrzahl der gewählten Mitglieder hat den Rücktritt erklärt, einige sind entlassen worden, so dass nun mehr die Arbeiterräte erneut entscheiden muss, wer für das kommende Jahr ihre Interessen vertragen soll. Die kurze Zeit zwischen den tendenziellen Arbeiterräten hat hoffentlich der kühnen und klügeren Überlegung wieder Platz gewahrt.

Deshalb entgegne ich jetzt zur praktischen Geschäftsaufarbeitung.

Herwig, Köln.

Der Weg aus dem Elend.

Alles wird sich dem verschließen, denn obwohl die Stundenzahl heute höher sind als in der Vorkriegszeit, die Rente jedoch größer und die Rendite der breiten Massen schwächer als früher ist. Verschiedene Dinge liegen hierzu bei. Einmal waren die Abzüge nach Rente in der Vorkriegszeit ein Mehrmales geringer einschließlich der damals bezahlten Rente, als dieses heute der Fall ist. Heute liegen hierzu die Preise im Gemeindemittel 25-30 Prozent über dem Friedensmittel. Wenn dieses nun im allgemeinen angepasst wird, so wird sich doch die Frage auf, welcher Weg ist zu beschreiten, um hier ausgleichend zu wirken?

Ein Weg ist den finanziellen Verbraucher sich auf eine Herauslösung der Preise einzustellen. Von den Unternehmern organisatorisch kann nur ein kostspieliger Rentausgleich werden. Die Unternehmer müssen sich mehr als bisher in Schwierigkeiten, in den Konkurrenzgesellschaften zu verschließen. In jeder Stadt findet man, dass nach dem Kriege fast eine große Anzahl von Händlern auf den Handel, insbesondere aber auf den Lebensmittelhandel gesessen haben, und jeder dieser überflüssigen Händler geht mit den Preisen hochzuleben. Der Kontakt zu Waren ist gegenüber der Friedenszeit geringer geworden, da die Konkurrenz nicht mehr so stark wie in Friedenszeit ist. Hier muss ein Preisengang vorgenommen werden. Ohne diesen kann eine wirkliche Preisregulierung nicht stattfinden. Sähen sich also die Verbraucher in finanziell schwierigen wirtschaftlichen, so wäre der eine Weg, der zu gehen ist, bestimmt.

Bei der Preisregulierung könnten auch die Arbeitgeberparteien mithelfen. Sie können auf die Verhandlungen des Einzelhandels einstimmen, damit die Kleinhändlerspreche herabgesetzt werden. Bei vielen Verhandlungen haben uns die Arbeitgeber gefragt, ob es möglich ist, dass die Gewerkschaften für solche Maßnahmen einzutreten. Dieses haben die Gewerkschaften für jeden gefordert. Wir haben uns die Arbeitgeberparteien für die gleiche Verhandlung. Wir jadern von Ihren Parteien, die uns seit fünf Jahren bei jeder Verhandlung erzählen, dass sie am Ende ihres Leidens seien, dass sie keine Sorge für die Herausbildung der Preise einnehmen. Sie wissen ja sicher um keinen wichtigen Unterschied zwischen Gewerkschaften und Unternehmern bestehen.

Der beste Weg aus dem Elend herauszuholen, ist aber eine Karte, wirtschaftliche Gewerkschaft. Wie sieht es nun hiermit in den einzelnen Teilen des Reiches und in den Betrieben aus? Zwei Teile existieren, einer nicht innerlich, sondern äußerlich. Ein anderer Teil ist organisatorisch, gerade weil ihm die innere Verbindung mit den Gewerkschaften fehlt. Die zugesetzte Gewerkschaft ist nach dem Kriege in den Bereich der allgemeinen Tages- und Zeitungen gekommen, ohne dass die geistigen Verhältnisse in dem Fach erfasst waren, wie dieses Verhältnis zwischen Gewerkschaft und dem Kriege der Fall war. Deshalb auch des Kapitäns und Coopera auf die Organisation und deren Funktionen, ohne dabei zu bedenken, wie alles funktioniert. Dieses gilt besonders für die in den Gewerkschaften bestehenden Gewerkschaften. Größer war die Erfahrung einer Arbeitsgruppe und sollte es auch in den verdeckten Reihen der Fall sein. Die Verhältnisse auch ihre Arbeitsgruppen zu kennen. Und wenn das die Arbeitsgruppe nicht auf und der Erfahrung ihrer Organisationen nicht kommt, dann ist es den Arbeitnehmern möglich, die unter noch starker Hemmung, ja weit, dass ein einschlägiges Kapital und Kapitalisten der Arbeit und ihrer Nachfrage erfüllt. Diese ist eine Bedrohung der Reihen ein, die sie gleichzeitig ausgrenzt.

Wenn ein einzelner einen anderen wirtschaftlichen Schaden hat, und zwar schweren Schaden, der dem Schädigten den Tod bringt, so nimmt von dem Todesfall wegen der Tötung im vorwurfe, dass der Schädiger töten musste, ja weniger nur des Todes. Wenn aber die Gewerkschaft Schädiger in eine falsche Lage versetzt, dass sie aufwendig einen vorwiegend unsachlichen Tode verhindert, so ist das ebensoviel Mord wie der Tod des einzelnen, nur verschleierte, heimliche Mord, ein Mord, gegen den sich niemand mehr räumen kann, der kein Mord zu sein kann, weil nun den Menschen nicht steht, weil der Tod des Schädigers wie ein wirtschaftlicher aussteigt.

Der Berichtskreis

In diesen von Friedrich Engels niedergeschriebenen Sätzen liegt soviel Wahres über die Folgen der Massenentzettelung, dass sich die Arbeiterschaft darauf befreien sollte, dem entgegenzuwirken. Und die angelernte Arbeiterschaft die in den Unternehmen beschäftigt ist, sollte allen Einsatzes Unkenntlichkeit und überlegen, ob nicht eine gute und disziplinierte Organisation Abschaffen kann, für die in den Unternehmen beschäftigten werden durch die Besitzkräfte die Sozialpolitische Freigabe ohne sie den Fingern krimm zu machen brauchen. Die Arbeiterschaften in den Söhnen im Gegenzug zu früheren Zeiten, als jeder einzelne bei Lohnbewegungen seinem Mann Leben wünschte. Deshalb waren auch in der Vorkriegszeit die Mitglieder mit der Organisation sehr eng verbunden und nahmen an allem was der Verband unter ihm regen Anteil. Heute meinen nun viele, die Organisation frage die Allmacht in sich und könne ohne jedes Gutachten alles durchsehen. Wenn Ihnen dann etwas wider den Strich geht erklären sie kurzweg: Ich zahle keinen Beitrag mehr. Das einzigartige Verhalten mögt das Vertrauen zur Organisation haben.

Das Gehalt eines technischen Ausschussbeamten der Berufsgenossenschaft ist uns nicht bekannt. Nehmen wir an, es beträgt nur das Viertel eines schon gut bezahlten Arbeiters in der chemischen Industrie, der es jährlich auf 1200 Mark bringt. Nehmen wir ferner an, der Betreffende möchte sich mit dem vierten Teil seines Gehaltes oder noch weniger begnügen und es würde ihm dann noch der Vorwurf gemacht, dass er, um eine hinter dem Lohn zurückbleibende Unfallsrente oder das hinter dem Lohn zurückbleibende Krankengeld zu erlangen, leichtfertig mit seiner Gesundheit umgeht und die Vorwürfe zur Verbesserung der Unfälle nicht beachtet. Mit Entrüstung würde ein solcher Vorwurf zurückgewiesen und als Ausdruck eines kranken Hirus bezeichnet. Bei einem Nachdenken über diesen Vergleich dürfte es den Ausschussbeamten der Berufsgenossenschaft nicht schwer fallen, sich endlich von solchen Ansprüchen frei zu machen.

Die Unternehmer haben in ihrem Kampf gegen die Sozialgesetze das Schlagwort von der "Renteinsucht" der Arbeiter geprägt. Die Argumente dazu haben sie zum großen Teil den Berichten der Berufsgenossenschaften entnommen. Wie unhalbar und unvernünftig ein solcher Vorwurf ist, lässt sich durch Feststellung der Tatsachen beweisen.

Die Arbeiter leiden in der Nachkriegszeit die größte Not. Der Lohn hat nur ausnahmsweise die Höhe der Vorkriegszeit wieder erreicht, während sich die Lebenshaltung erheblich verteuert hat. Schmalhans ist dauernd Küchenmeister. Mit Grausen denkt der Arbeiter an etwa eintretende Krankheiten in der Familie. Erkrankt er selbst, wird er bei längerer Dauer der Krankheit ins tieffeste Elend hinabgestoßen, weil das Krankengeld einen Ersatz für den schon nicht ausreichenden Lohn nicht bieten kann. Es ist also unverantwortlich, in einem Bericht der Berufsgenossenschaft den Arbeitern zu unterstellen, sie schenken sich nach einem Elend, das ihnen in Wahrheit stets als Schreckgespenst vor Augen steht, nur um das Krankengeld zu ergattern. Genau so liegt es mit der Unfallrente. Die sogenannte Vollrente liegt bedeutend unter dem verdienten Lohn. Die Vollrente wird auch erst bezahlt, wenn der betreffende Verletzte vollständig erwerbsunfähig ist. Glaubt jemand im Ernst, dass sich ein Arbeiter freiwillig zum Krüppel macht, um eine Rente zu beziehen, die zum Salzessern nicht ausreicht? So und nicht anders kann doch nur die Bemerkung aufgesetzt werden, dass die Arbeiter der Unfallrente vor dem Lohn den Vorzug geben. Solch ein Gedanke muss beinahe sadistisch an.

Betrachten wir aber einmal die Wirkung einer Teilrente für den Verletzten. Der Arbeiter hat sicher keine Ursache, eine solche zu erstreben. Abgesehen davon, dass der Grad einer freiwilligen Verleistung vorher nicht beurteilt werden kann, bringt ihm jede Rente Schaden, niemals Vor teil. Die von der Berufsgenossenschaft bewilligte Teilrente wird den Arbeitern von den Unternehmern der chemischen Industrie glatt vom Lohn abgezogen, gleichgültig, an welchem Arbeitsplatz die betreffenden Arbeiter stehen. Angeblich soll dadurch vermieden werden, dass den Arbeitern die Rente genommen wird, falls sie ihren vollen Lohn verdienen. Hinzu kommt, dass ein erwerbsbeschränkter Arbeiter schwerer einen neuen Arbeitsplatz findet als ein gesunder. Es liegt also gar keine Ursache zur Rentensucht vor, weil ein verletzter Arbeiter in keinem Falle sein Einkommen über den bisherigen Lohn erhöhen kann. Günstigstens kommt er wieder in den Besitz seines vollen Lohnes, muss sich aber infolge seiner Verleistung mehr anstrengen als ein gesunder Arbeiter, um dies zu erreichen. Diesen vernünftigen Gründen muss jeder Normalmensch zugänglich sein. Die unberechtigten Vorwürfe, dass die Arbeiter leichtfertig ihre Gesundheit und ihr Leben gefährden, müssen bei der übergroßen Mehrzahl aller Arbeiter als Beleidigung aufgesetzt werden und Erditterung herorruhen. Wenn schon die Leitung und Verwaltung der Berufsgenossenschaften zum Schaden des Arbeiters in den Händen der Unternehmer liegen, so erwächst aus dieser Machstellung den Unternehmern die moralische Pflicht, dafür zu sorgen, dass den Arbeitern Vorwürfe erspart bleiben, die gegen die gesunde Vernunft verstößen. Durch solches Verhalten der Arbeitgeber würde die Atmosphäre zwischen ihnen und den Arbeitern gereinigt.

gh

Wer
auf eigene Faust außerhalb seiner gewerkschaftlichen Organisation seinen persönlichen Vorteil

sucht,

der handelt nicht solidarisch. Wer aber in Gemeinschaft mit seinen Klassengenossen als Mitglied seines Verbandes mitkämpft für die Besserstellung seiner Arbeitskollegen,

der

hat die Gewissheit, dass er, gestützt auf die Solidarität aller durch die Organisation, allgemeine Achtung und Erfolg

findet.

darauf sollten sich die Arbeiter klar sein. Ohne gegenseitiges Vertrauen ist ein geordnetes Arbeiten nicht möglich, da sonst die Kräfte zu unnötigen Dingen verbraucht werden müssen, anstatt die ganze Kraft für die eigentlichen Ziele und Zwecke der Organisation einzufordern.

Dann rufen wir euch zu, denkt über eure Lage nach, überlegt der Organisation das Vertrauen, das ihr gebührt, dann seid ihr auf dem richtigen Wege, aus dem Elend herauszukommen.

Jos. Krieger, Dortmund.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Zur Sicherheit der Wohlfahrt.

Wir haben in der Besprechung des Berichtes der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie eine Äußerung der Aussichtsbeamten wiedergegeben, die den Vorwurf enthält, dass die Arbeiterschaft der Unfallrente wegen die nötige Vorsicht aufser acht lassen. Die Aufführungen des Berichterstatters lassen jede Kenntnis des seelischen Empfindens der Arbeiter vermissen und enthalten so ungewöhnliche Unterstellungen, dass wir den ganzen Absatz hier zum Abdruk bringen, um ihn der Vergessenheit zu entziehen:

Die Einsicht für die Notwendigkeit der Schutzmaßnahmen und der gute Will zur Erfüllung der Vorschriften waren bei den Unternehmern fast durchweg vorhanden. Durch die schlechte wirtschaftliche Lage der meisten Betriebe war aber die Aufführung beider Mängel stark behindert. In dem Verhältnis der Arbeitnehmer war keine wesentliche Änderung zu bemerken. Die beobachtliche Erhöhung der Unfallraten, die vorübergehend eingetreten war, durfte für die Versicherer ein Ansporn gewesen sein, durch strenge Beobachtung der Vorschriften zur Verbesserung der Unfälle beizutragen. So erfuhr auch ein Arbeitserverlierer, dass die völlig unzureichenden Krankenkassenunterlagen die Arbeitnehmer bei Ausübung ihrer Berufstätigkeit zwingen würden, ihr Leben und ihre Gesundheit mehr Sorgfalt zu widmen. Gleich diese Kenntnis aber weiter zu sitzen, so kann vielleicht der Hoffnung Raum gegeben werden, dass die Unternehmer dem mit ihrer Arbeitskraft erzielten Lohn für die Erfüllung der Vorschriften Krankengeld und Unfallrente geben und so wesentlich mit zur Unfallverhütung beitragen. Zumal für eine detaillierte Beifüllung ist genügend vorhanden, denn die immer sehr große Zahl der Unfälle, die auf Brandgefahr, Achtkräftehaltung bestehender Vorschriften und Rückenlastung von Schlagschutzhüten zurückzuführen sind, lässt sich bei großer Erfahrung leicht herausfinden.

Jetzt müssen wir e. also, die Unternehmer hoffen fast durchweg der guten Wägen zur Erfüllung der Vorschriften, waren aber durch die riesigen Inflationsgewinne in eine so schlechte wirtschaftliche Lage geraten, dass sie dadurch an der Ausführung ihres guten Willens behindert wurden.

In dem Verhältnis der Arbeitnehmer war keine wesentliche Änderung zu bemerken, womit jedenfalls gesagt sein soll, die Unternehmer hätten sich wesentlich gebessert. Daraus darf der Schluss gezogen werden, dass in den Vorjahren in bezug auf den Arbeitsschutz in den Fabriken stark geändert worden ist, denn in Jahren der Besserung 1923, machte noch verschiedentlich die Hölle der Polizei für Durchführung der Unfallvorschriften in Auspruch gewonnen werden. Dies aber war höchstens möglich, da sich dieser Absatz mit der Haltung der Arbeiter beschäftigen soll.

Der Sinn der Auslösung ist, dass durch die ganz unzureichenden Unfallraten und Krankengeldsätze während der Inflationszeit die Arbeiter zur größeren Vorsicht erzogen werden. In diesem Sinne hätte sich auch ein Arbeiterverlierer gefürchtet. Die Vorsicht eines jeden Menschen ist Ehren! Aber ein Arbeitserverlierer, der solche Gedanken anhört, erscheint uns als Rertant. Der Bericht spricht glatt aus, dass die Arbeiter der Unfallraten und dem Krankengeld den Vorzug vor dem Lohn geben und deswegen ihre Gesundheit opfern.

Diese Auslösung ist ratsam. Die Red. Gegen diese Auslösung erheben wir im Interesse der gesamten Arbeiterschaft der chemischen Industrie Protest. Um die Herren Aussichtsbeamten vor der Wiederholung solcher Versäume zu bewahren, müssen wir versuchen, Ihnen an einem Vergleich die Abwehrkraft ihrer Vorsicht darzustellen.

Sakali.

Kumpel, du weisst wohl nicht, was Sakali ist? Das macht nichts. Wir haben das bis vor kurzem auch nicht gewusst. Jetzt können wir dir verraten, dass Sakali die Abkürzung für „Salz- und Kalihandels-Gesellschaft“ ist. Wenn wir recht errichtet sind, ist Wintershall an dieser Gesellschaft am meisten interessiert. Dort müssen sich sonderbare Dinge abgespielt haben, die nicht nur die Sakali, sondern die gesamte Kali-Industrie recht eigenartig beleuchten.

Wir entnehmen der Zeitschrift „Der Unternehmer“, Nr. 8/9 vom 1. Juni 1924, auszugsweise nachstehenden Artikel, der bis heute noch nicht widertrufen ist:

500 000 Goldmark für die Blamage.

Die Abfindungen in der Kali-Industrie. Endlich hat der aus den Schiebungen der Sakali und aus anderen auf anderen Geschäften unzähllich bekanntgewordene Sakaliangestellte Dr. Heckel aus den sämtlichen Amtern und Ehrenämtern, die er bekleidete, ausscheiden müssen. Das Maß war zum Überleben voll geworden, weil bei dem, was Dr. Heckel auch von den anderen machte, diese sich lange gescheut hatten, gegen ihn vorzugehen. Das Kapitel ist noch nicht abgeschlossen, aber mit beiderlicher Genehmigung sei festgestellt, dass Dr. Heckel selbst zugibt, infolge unserer Veröffentlichungen zur Niederlegung seiner Amter genehmigt zu sein. Es ergibt sich daraus mit aller Deutlichkeit, dass er sich der Kali-Industrie gegenüber und den Werkten, in denen er Vertreterstellen bekleidete, nicht rechtfertigen konnte. Auch aus dem Reichshofrat musste er scheiden, und wenn Geheimer Justizrat Dr. Kempner als Vorsitzender ihm zum Abschied noch „Worte des Dankes“ gewidmet hat, so müssen besondere Verwicklungen vorgelegen haben, die es erklären, dass Herr Kempner für die Blamage, die Dr. Heckel dem Kali-Industrie bereitet hat, öffentlich Dank abzustatten sucht, denn für Dr. Heckels Verdienste spricht doch die Kali-Industrie, die sie zu zahlen hat, nicht zu danken, und doch der Leidensschmerz der Kali-Industrie nicht ganz leicht war, glaube ich gern, weil sie an Dr. Heckel eine außergewöhnlich hohe Abfindungssumme und Pension gezahlt hat, so dass sich sonst ein Werk des Schmerzes über das Scheiden des letzten Mitarbeiter rechtfertigen lässt.

Herrn möchten wir nun die Kali-Industrie fragen, ob sie denn in Gedanken stand, dass sie eine halbe Goldmillion nur so zusammenzutragen kann, und Dr. Heckel muss doch wohl in der Kali-

Industrie außerordentlich im Sinne sein darf, bei den unglaublichen Verhältnissen, die es begingen hat, die ihm ja auch Kaiser und Reichsminister als offizielle Konsolidierung bestimmt hat, mit hunderttausenden Goldmark seine "Wissenskraft" bezahlt werden muß.

Dr. Hecker nimmt sich eigentlich eine außerordentlich große Abhängigkeit erhalten zu haben, die nach unserer Information 450.000 Goldmark neben einer jährlichen Rente von 7000 Goldmark beträgt. Die Kali-Industrie kann nicht, daß die Bevölkerung zu teuer ist, um das soll billige der deutschen Landwirtschaft zur Erfüllung stellen zu können. Vielleicht können Braunkohle dünner noch für die Abförderung des Dr. Hecker kaufen lassen und wie rechtfertigt sich die Vergütung von Männern, die wohl aus dem Lohnen der deutschen Landwirtschaft abzuziehen sind, um solchen Elementen ein unbekanntes Wohlleben zu verschaffen, die an dem Niedergang der deutschen Wirtschaft reichlich genug verdient haben und der deutschen Wirtschaft außerdem außerordentlich schwere Schäden zugefügt haben....

Es muß doch manches fahl sein in der Kali-Industrie. Wenn die Anschuldigungen, die hier nicht nur gegen Doktor Hecker, sondern gegen die gesamte Kali-Industrie erhoben werden, zutreffen, ist es unbedingte Pflicht des Reichswirtschaftsministers, der Sache auf den Grund zu gehen. Unserer Ansicht nach wird sich auch der Reichskanzler etwas näher mit dieser Angelegenheit beschäftigen müssen.

Nach Angaben der Kali-Industriellen geht es in der Kali-Industrie seit mindestens einem Jahrzehnt recht schlecht. Seit Jahren arbeiten die meisten Werke mit Unterbilanz und nur mit Mühe und Not ist es möglich, die Gelder zur Entlohnung für die Kaliarbeiter zu beschaffen.

Die Kaliarbeiter selbst arbeiten noch heute unter den miserablen Lohn- und Arbeitsbedingungen, ganz abgesehen davon, daß auf allen Werken Kurzarbeit eingeführt ist, weil erstens die Läger zum größten Teil gefüllt und andererseits keine Gelder vorhanden sind. Bei den zur Stilllegung kommenden Werken versucht man mit allen möglichen Mitteln die Belegschaften um die ihnen geschicklich zustehende Entschädigung zu bringen und auf der anderen Seite gibt man einer einzelnen Person nach heutigen Begriffen Riesensummen als "Abfindung" für begangene Verfehlungen. Dr. Hecker gehörte zu den führenden Persönlichkeiten in der Kali-Industrie. Er weiß dort also genau Bescheid. Interessant wäre es zu erfahren, unter welchen Bedingungen die Gelder gezahlt sind. Uns drängt sich die Vermutung auf, daß Mündhalten hierbei zur Grundbedingung gemacht ist.

Papier-Industrie

Ein skandalöses Verhalten.

Die Direktion der Graf Arnim'schen Papierfabrik in Muskau glaubt ihre Arbeitnehmer nicht nur wie Heloten behandeln zu dürfen, sondern sie macht sich auch noch an, unter rücksichtslosestem Tarifbruch sowie unter Verhöhnung der Reichsverfassung und des Betriebsrätegesetzes ihrer Arbeiterschaft einen Arbeitsvertrag zu diktieren, der jedem sozialen Verständnis höhn spricht und die vollständige Versklavung der Arbeiterschaft fordert.

Am 26. Juli d. J. brachte die Firma ihre rund 250 Arbeiter und Arbeitnehmerin zur Entlassung. Doch bereits am 28. Juli forderte die Firma ca. 100 Arbeitnehmer zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Dabei wurde diesen Arbeitnehmern ein Nevers unterbreitet, der u. a. folgende skandalöse Bedingungen enthielt:

1. Austritt aus der Organisation.
2. Anerkennung des Eintritts in ein neues Arbeitsverhältnis.
3. Entlohnung nach einem dem Taylorssystem ähnlichen Verfahren.
4. Verzicht auf eine Betriebsvertretung.

Skandalösere Bedingungen dürften seit Beendigung des Krieges in Deutschland kaum einem Arbeitnehmer von seinem Arbeitgeber zugemutet worden sein. Erstaunlicherweise hat die Arbeiterschaft einen derartigen Sklavenvorvertrag abgelehnt.

Daraufhin hat die Firma der gesamten Arbeiterschaft den Entlassungsschein zugesetzt. Dieselbe Firma, die soeben noch bereit war, bei Anerkennung ihres Zuchthausvertrages die Arbeiterschaft weiter zu beschäftigen, haftet auf einmal keine Aufträge mehr, denn auf dem Entlassungsschein war der Vermerk vorhanden:

"Wegen Mangels an Aufträgen entlassen."

Das Verhalten dieser Firma und der Vermerk auf dem Entlassungsschein sind Beweise dafür, in welch hässlicher Weise ein Teil der Unternehmer die Arbeiterschaft nicht nur zur Versklavung zwingen will, sondern auch die Demobilisierungskommission über die wahren Gründe der Betriebsstilllegungen hinwegzutäuschen. Nicht genug damit, besitzt diese Firma auch noch die Ungeniertheit, die von ihr wegen angeblichen Arbeitsmangels entlassenen Arbeiter einzeln durch den städtischen Arbeitsnachweis wieder anzufordern. Die Firma glaubt anscheinend, den einzelnen Arbeiter eher zur Unterzeichnung ihres Schandvertrages bewegen zu können.

Den Gipfel der Unternehmerwillkür hat die Firma aber durch folgenden Anschlag erklimmen, den wir wortlich veröffentlichten als Warnungszeichen auch für kommende Arbeitergenerationen:

Muskau, den 1. August 1924.

Bekanntmachung.

Wie bereits in der "Muskauer Zeitung" bekanntgeworden ist, sind einige Anträge eingegangen.

Wir können daher vorläufig eine Maschine in Betrieb erhalten, und es werden zur Bedienung dieser Abteilung Leute nach Bedarf und unter den nachfolgenden Bedingungen eingestellt:

Nach Etagelahr wird nicht mehr gearbeitet, sondern die gesamte Belegschaft erhält einen bestimmten Teil der Papierverkaufssumme, die von einer Kommission vor je zwei Beamten und Arbeitern und dem Direktor ermittelt wird. Diese Summe wird entsprechend der Leistung und entsprechend der Arbeitsergebnisse von dieser Kommission verteilt. Auf alle Fälle ist bei der täglichen Anwendung und Kontrolle dieses Systems der auf die einzelnen Arbeitsstunden entfallende Lohnbetrag höher als der im Tarifblatt vorgegebene Stundenlohn. Der Punktzahl nach welchem am Ende des Monats die gesamte Lohnsumme für den Monat für jeden einzelnen festgesetzt wird, deckt sich ungefähr mit dem Tarifblattlohn, nur wird die Qualität der Arbeitsergebnisse jedes einzelnen dabei in Berücksichtigung gezogen. Die Kommission setzt von Quartal zu Quartal die Arbeitsergebnisse jedes einzelnen neu fest; ist er also steigig, so wird seine Punktzahl erhöht, erneut er sich als nachlassig, so wird seine Punktzahl erniedrigt, wenn er zu-

hoch entlassen und an seine Stelle ein anderer Mann eingesetzt werden.

Der Grundzusatz dieses Prinzips ist tatsächlich Leistung unter Vermeidung jeder Summe, wie leichter dieser Fall war.

Durch dieses System soll jeder auch der geringste Hilfsarbeiter, ein Interesse daran haben, möglichst viel und gutes Produkt zu erzeugen. Leute denen es dann an Interesse daran fehlt sind in dieser Arbeitsgemeinschaft unbrauchbar.

Je weniger Leute für einen Arbeitsprozeß benötigt werden, desto höher ist der Verdienst des anderen. Für Drückeberger ist also kein Raum mehr in der Fabrik, denn sie schädigen alle anderen in ihrem Lohnneinkommen.

Dieses System gilt für alle mit der Produktion in Verbindung stehenden Leute, auch für einen Teil des Betriebs.

Alle Neuanstellungen resp. Vergrößerungen des Betriebes sowie Neubauten werden separat gebucht, und die dafür entfallende Lohnsumme kommt zu den von der Kommission festgesetzten Projekten der Papierverkaufssumme hinzu.

hat die Wirtschaft und die Währung in Grund und Boden ruiniert. Alles schwimmt unter der ungeheurem Inflationslast. Die Goldmark kostete am 8. August 1923 1 Million Papiermark, am 7. September 10 Millionen, am 3. Oktober 100 Millionen. In weiteren acht Tagen war die erste Milliarde erreicht, elf Tage später 10 Milliarden; in weiteren zwölf Tagen 100 Milliarden und in 17 Tagen, am 20. November, gar eine Billion für eine Goldmark. Das unter diesen Umständen jeder Lohnabschluß, wenn auch nur für drei Tage, ganz gleich ob bürgerlich oder reichsaristisch geregelt, bereits bei der Unterschriftstellung durch die fast ständliche Entwertung der Papiermark überholt war, wird heute wohl jedem Einsichtigen verständlich erscheinen. Wenn trotzdem immer noch ein Reichsarbeitsgerichtshof besteht, so lediglich im Interesse der Gesamtarbeiterschaft selbst. Es ist ein Unding, in einer kleinen Betriebsgruppe, wie sie die Tapetenarbeiterfirma darstellt, derart große Unterschiede aufzustellen, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen für jeden einzelnen Betrieb besonders abgeschlossen werden müssten. Die wirtschaftlichen Vorgänge innerhalb der deutschen Tapeten-Industrie in der Vorkriegszeit waren ein Schnellbeispiel dafür, daß die Schwachkonkurrenz der Unternehmer im Unterbreiten der Tapetenpreise in den meisten Fällen auf dem Rücken der Arbeiterschaft ausgetragen wurde. Diese Gefahr besteht auch heute noch. Man möchte erwarten, daß die Tapetenarbeiterfirma hieraus die richtige Lehre zieht und nun mit allen Mitteln dazu befragt würde, diese Gefahr für die Zukunft zu begegnen. Wenn dies für die Lohnverhältnisse schon ganz besonders zutrifft, dann im höchsten Maße für die Regelung des Arbeitsverhältnisses. Der am 9. Oktober 1923 abgeschlossene Hauptvertrag gilt bis zum 30. September 1924. Durch die Kündigung des Abschlusses ist über die Arbeitszeit haben die Arbeitgeber tatsächlich erreicht, daß heute innerhalb der Tapeten-Industrie eine unterschiedliche Arbeitszeit besteht. Dieser Zustand ist auf die Dauer ebenso hilflos, wie die unterschiedliche Bezahlung nicht nur der Stundenlohn, sondern auch der Zuschläge in gleich gelagerten Betrieben. Im allgemeinen Interesse ist daher unter allen Umständen eine einheitliche Regelung wieder anzustreben. Der Zweck dieser Zeilen soll sein, das Interesse der Gesamtarbeiterschaft der Tapeten-Industrie zu diesen Vorgängen zu wecken und darüber hinaus zunächst eine Ansprache im Verbandsorgan herbeizuführen. Der Zusammenschluß der Tapetenarbeiterfirma im Fabrikarbeiterverband am 1. April 1919 darf nicht das Schicksal seiner Vorgänger in den Organisationen der Vorkriegszeit teilen. Die nächste Zukunft muß jeden Kollegen von uns auf der einen Seite finden. Indem wir so die Reihen schließen und uns austrichen aus der Gleichgültigkeit, die anscheinend viele Kollegen beherrscht, erfüllen wir eine selbstverständliche Pflicht nicht nur für uns und unsere Familie, sondern auch für die Arbeiterschaft im allgemeinen für die Befreiung der arbeitenden Bevölkerung von den Fesseln der privaten kapitalistischen Wirtschaft.

Ludwig Philipp (Rakelberg i. W.)

Von Aschaffenburg nach Oberursel!

In den Kreisen der Aschaffenburger Papierarbeiter gilt Direktor Schmidt als einer derjenigen, der durch sein Auftreten der Arbeiterschaft gegenüber wesentlich zum dortigen Kampf in Aschaffenburg und Stockstadt mit beigetragen hat. Nachdem Herr Schmidt in Aschaffenburg abgeholt hat, ist er nach Oberursel übergesiedelt. Die Papierfabrik Oberursel gehört bisher zum Aschaffenburger Konzern. Angeblich soll sie Direktor Schmidt gemeinsam mit einem "Anti-Hakenkreuzer" erworben haben.

Die Papierfabrik Oberursel, die längere Zeit stillgelegen hat, soll wieder in Gang gebracht werden. Dazu benötigt man Arbeiter, die zu beschaffen ein Mitinhaber der Firma namens Isaac übernommen hat. Er reiste zu diesem Zweck nach Gonsenheim bei Mainz, wo es ihm gelang, vier Arbeiter anzuwerben zu dem dortigen Stundenlohn von 55 Pf.

Die Arbeiter, die alle schon über ein Jahr an der Arbeit sind und den gelernten Berufen angehören, waren durch die Not gezwungen, die Arbeit anzunehmen. Herr Isaac löste den vier Arbeitern die Fahrkarten bis Oberursel. Dort angekommen, wurde den Leuten erklärt, daß sie täglich 12 Stunden arbeiten müßten, jedoch ohne Überstundenzuschlag. Auch dulde die Direktion keine organisierten Arbeiter in ihrem Betrieb. Wer einer Organisation angehört, habe sofort den Nachweis des Antritts zu erbringen.

Diese Forderung war den Arbeitern doch zu hart. Sie verzögerten deshalb auf die Einstellung. Zwei von den Arbeitern gelang es, das Geld für die Rückfahrt zu erlangen, während die anderen sich zu Fuß nach ihrer Heimat zurückbegaben.

Jedenfalls ist Herr Direktor Schmidt der Auffassung, daß sich die Oberurseler Arbeiterschaft solche Bevorzugung nicht gefallen lassen werde. Obwohl in Oberursel die Arbeitslosigkeit sehr groß ist, hat man den dortigen Arbeitsnachweis umgangen und Arbeiter von Gonsenheim und auch auf dem Arbeitsmarkt in Mainz gesucht. Hessenfild hat der Arbeitsnachweis in Oberursel in den Herren der Papierfabrik klar gemacht, daß es ihre Pflicht ist, die Arbeitslosen von Oberursel zu berücksichtigen und zunächst die Arbeitsschäfte von da anzufordern.

Wie steht es aber, ihr Herren der Papierfabrik, mit der Koalitionsfreiheit, die jedem Arbeiter gesetzlich garantiert ist? Glauben Sie wirklich, derartige Gesetze außer Kraft setzen zu können? Wenn Ihr Betrieb sich nur durch die allerniedrigste Art der Ausbeutung und Bedrückung der Arbeiterschaft halten kann dann ist es schon besser, der Betrieb bleibt weiter geschlossen oder die Herren machen ihre Arbeit selbst, dann wird Ihnen wenigstens der Anblick organisierter Arbeiter erspart. Wollen Sie aber letzteres nicht, dann werden die Herren schon den Arbeitern überlassen müssen, wie sie in ihrer gewerkschaftlichen Organisation stehen. Jedenfalls beweist das Vorgehen dieser Fabrikanten, daß die Papierarbeiterfirma sich respektlos dem Fabrikarbeiterverband anschließen muß, wenn sie zu ihrem Recht gelangen will.

M. D.

Industrie der Steine und Erden

Lohn- und Tarifverhandlungen.

Sementwaren- und Kunstoffen-Industrie.

Für Chemnitz und Umgegend beträgt der Spitzelohn vom 24. Juli 1924 an 80 Pf.

Für den Bezirk Frankfurt a. Main ist ein Stundenlohn vom 5. Mai an von 59 Pf. festgesetzt.

Für die Südbayerische Zementwarenfabrik ist ein Stundenlohn von 53 Pf. von letzter Julimöche an festgesetzt.

Für Neustadt a. O. beträgt der Stundenlohn 50 Pf. vom 10. Mai an.

Für die Lava-Industrie in Neustadt a. O. ist ein Stundenlohn von 44 Pf. vom 16. Mai an festgesetzt.

Sement-Industrie.

Für Klein-Kems wurden folgende Stundenlöhne festgesetzt: Arbeiter über 20 Jahre 47 Pf. Angelernte 50 Pf. Handwerker 55 Pf. Die Löhne gelten vom 20. Mai an.

Kies und Sand.

Für den Freistaat Sachsen beträgt der vereinigte Lohn vom 18. Juli an 54 Pf. die Stunde.

In Rostock (Altendiez) wurde der Lohn auf 44 Pf. vom 4. Juli an festgesetzt.

Abwehrungsmittel-Industrie

Zum Reichsatz für die Margarine-Industrie.

Für die Margarine-Industrie ist nach langen schwierigen Verhandlungen der Reichsatzvertrag in etwas abgeänderter Form wieder abgeschlossen. Der abgeänderte Vertrag ist seit

1. Juli in Kraft. Es lohnt sich, wenn auch etwas verspätet, auf die schwierigen Verhandlungen kurz einzugeben.

Die Arbeitgeber der Margarine-Industrie hatten sich, wie die Arbeitgeber aller anderen Industriezweige, das Ziel gestellt, die gewerkschaftlichen Errungenschaften abzuholen. Die über die Arbeitszeit geführten Verhandlungen zu Anfang dieses Jahres wichen nicht nach dem Wunsche der Arbeitgeber verlaufen. Wohl hatten sie, unter Mitwirkung des Arbeitsministeriums, einen Schiedsspruch erhalten, der ihnen die 48stündige Arbeitswoche brachte. Bis zu 54 Stunden wöchentlich konnte der Arbeitgeber selbst anordnen. Für die 49. bis 54. Stunde wöchentlich mußte jedoch ein Aufschlag von 7½ Prozent und für die übrigen Überstunden der bisherige tarifliche Aufschlag gezahlt werden. Das ging einem Teil der Arbeitgeber wider den Strich. Ihr Ziel war, die 60stündige Arbeitswoche ohne jeden Überstundenzuschlag. Es wurde deshalb der Gesamtvertrag rechtzeitig gekündigt in der Hoffnung, auf diesem Wege den allgemeinen Abbau durchzuführen zu können.

Die Unternehmer haben aber anscheinend nicht mit dem Widerstand der Arbeiterschaft gerechnet. Schon bei der Durchführung des Schiedsspruches für die Arbeitszeit ergab sich, daß der Spruch wohl auf dem Papier stand, es wurden aber Überstunden zu diesen Bedingungen nicht gemacht, weil die Arbeiterschaft sich weigerte, Überstunden zu anderen als zu den alten tariflichen Bedingungen zu leisten. Hier zeigte sich, daß der Reichsarbeitsschmied den Arbeitgebern wohl das Recht geben kann, Mehrarbeit anzutragen, daß aber dadurch noch niemand verpflichtet ist, Überstunden zu leisten. Was hätte die 54- oder sogar 60stündige Arbeitswoche in der Margarine-Industrie bedeutet?

Die Margarinehersteller wußten aus Erfahrung, daß die kleinen Betriebe in den letzten Jahren wiederholt ausgelegt hatten. Oft wurde in den Betrieben einige Tage in der Woche mit Hochdruck gearbeitet, also Überstunden geleistet, und in den letzten Wochenenden wurden nur einige Stunden am Tage gearbeitet. Die 54- oder sogar 60stündige Arbeitswoche bedeutete für die Margarine-Industrie also, daß es dann Überstunden überhaupt nicht mehr gab, da die Arbeitsstunden nunmehr auf die Woche berechnet und verteilt wurden. Geplant war ferner, die Altersstufen bei der Lohnstafel bis auf 24 Jahre auszudehnen, so daß erst der 24jährige Arbeiter den Vollarbeiterlohn erhalten hätte. Sicher galt der 20jährige Arbeiter bereits als Vollarbeiter. Die Entschädigung bei Krankheitsfällen sollte abgebaut, die Urlaubstage sollten beschränkt werden und noch einiges mehr. Aus allem ist ersichtlich, daß die Arbeitgeber der Margarine-Industrie mit ihren Vorschlägen bezüglich Abänderung des Tarifvertrages durchaus nicht befriedigt waren. Hinzu kam, daß die Vorschläge der Arbeitgeber uns erst so früh zugingen, daß Gegenvorschläge unsererseits kaum gemacht werden konnten.

Die Verhandlungen gestalteten sich sehr schwierig und drohten wiederholt zu scheitern. Die Arbeitgeber hatten nicht darum gerechnet, daß wir in der Margarine-Industrie seit Jahren über eine gute Organisation verfügen. Sie hatten ferner nicht berücksichtigt, daß für die Hauptgebiete in der Margarine-Industrie schon längere Zeit vor dem Kriege Tarife bestanden, die durch unsere Organisation abgeschlossen waren. Dieser jahrelang vorbereitete Boden durch die Organisation kam uns bei den Verhandlungen zugute. Es ist eben auch in der heutigen Zeit nicht möglich, die Arbeiterschaft dazu zu bringen, die über eine gute Organisation verfügt, so ohne weiteres beiseite zu schieben. Die Arbeitgeber wußten also in Lichte der Verhandlung einsehen, daß die Margarine-Industrie kein geeignetes Gebiet ist, um derartige Verschlechterungen durchzuführen. Sämt für Sämt mußte aber der alte Vertrag von uns verteidigt werden. Doch ist es gelungen, gerade jene Verschlechterungen, auf die die Arbeitgeber das Hauptgewicht legten, abzuwehren. Der Abhängenstags sollte befehligt werden und an jede Stelle die wöchentliche bewegliche Arbeitszeit treten. Es ist über getragen, den Abhängenstags voll unzureichend zu erhalten. Da über 8 Stunden hinweggehenden Arbeitsstunden werden auch häufig mit einem Aufschlag bezahlt. Bei der Höhe des Aufschlags für die erste Überstunde ist eine kleine Konzession gemacht worden, alle übrigen Überstunden werden aber mit einem Aufschlag von 25 Prozent bezahlt. Gegenüber unseren Forderungen ist bei den Vorschlägen für Sonntagsarbeit deutlich der Nachteil einer einheitlichen Zusatz für Nacharbeit. Nach der bisherigen § 7 (Entschädigung bei Krankheitsfällen) kommt in sollem Maße eine entzerrung der Vorschläge vorzubringen, ist allerdings diese klare Sicherung geschaffen worden, nach deren Erlass das Krankengeld vom ersten Krankheitsstage an bezahlt wird. Gegenüberstand sind auch wir dafür, daß Mitarbeiter mit tariflichen Beziehungen nicht betrieben wird. Beispielsweise der Elektrofacharbeiter bei der Leitung ist es bei der bisherigen Tarifgestaltung geblieben, also auch hier zwischen die Arbeitgeber ihre Weisheit zu stellen. Da der Urabsturz wurde außerordentlich eine kleine Konzession gemacht, die sich jedoch für die länger im Betriebe Beschäftigten nicht auswirkt.

Konflikte mit diesen langen gesetzlichestatlichen Kleinheiten, die im vorliegenden Verhandlungen mit den Arbeitgebern im Spiele gewesen sind, und berücksichtigen wir, welches Ziel sie die Arbeitgeber gesetzt hatten, so muß gezeigt werden, daß unter den schwierigsten Verhältnissen ein Vertrag gefunden wurde, der den Arbeitern und Arbeitern in der Margarine-Industrie eine fernere annehmbare Zukunft eingerungen hat. Der Vertrag wurde von den Arbeitgebern dann auch mit Freiheit angenommen.

Der Vertrag zeigt, daß gerade in der heutigen Zeit der erste Fortschritt der Arbeiterschaft mehr denn je erwartet ist, wenn die gesetzlichestatlichen Errungenschaften erhalten werden sollen. Auch in der Margarine-Industrie gibt es einige überzählige Werkkollegen, die weiter den Betriebserfolg tragen zu können. Das Betriebsergebnis mußte sie anderer überlassen, ja möchte einer die Erfolge der Organisationsarbeit für sich in erster Linie in Anspruch nehmen. Dieser Kollegen muss ernsthaft ins Gewissen gebracht werden. Es darf ihnen gefasst werden, daß die Arbeitgeber ein außer-

ordentlich reines Gefühl dafür haben, ob die Arbeiterschaft einig ist oder nicht. Es muß wieder dahn kommen, daß ausnahmslos alle in der Margarine-Industrie Beschäftigten ihre Pflichten dem Verband gegenüber erfüllen. Einigkeit ist gerade in jetziger Zeit doppelt erforderlich. Arbeiten müssen Kolleginnen und Kollegen in der Margarine-Industrie in diesem Sinne, dann dürfte es auch fernherin möglich sein, Verschlechterungen abzuwehren und weitere Verbesserungen zu erringen.

Zudem ist es auch nicht richtig, daß der "Proletarier" nichts für die Frauen berichtet. Wer sich das Inhaltsverzeichnis der Jahrgänge 1921, 1922 und 1923 unseres Verbandsorgans anschaut, wird das Gegenteil bestätigt finden. Erst als es nicht mehr möglich war, vier Seiten pro Woche herauszubringen, mußte, wie allgemein, so auch die Rubrik "Frauenfragen" eine Einschränkung erfahren. Bei vierseitigem Erscheinen im Jahre 1924 erschien sofort auch wieder die Frauenrubrik. (Siehe Nr. 20, 21, 22, 23, 25, 27.) Wer natürlich Agitationsmaterial nicht sammelt, der hat keinen, und wenn "Proletarier" und statistisches Bureau noch so viel herausbringen.

Die alte Lage: "Es wird nichts für uns geben" ist auf gewerkschaftlichem Gebiete genau so unbegründet wie seit Jahrzehnten auf politischem. Mehr aktive Teilnahme der Frauen im Gesamtkontext der Organisation dürfte diesen alten Ladenhüter endlich einmal beseitigen.

Das Ammengesetz.

In der Tschechoslowakei ist ein strenges Ammengesetz eingeführt worden, das der Mutter eines lebenden Kindes, das jünger als vier Monate ist, Ammenaktivität verbietet, außer es wäre die Möglichkeit geboten, daß die stillende Frau beide Kinder stillen könnte. Dazu bedarf es fortan eines besonderen ärztlichen Attestes, das Zeugnis gibt, daß das Stillen zweier Kinder weder den Kindern noch der Stillenden gesundheitlichen Nachteil bringt, und daß die Gesundheit der Eltern und des Kindes bei dem Ammengesetz ausgleicht werden soll, die Gesundheit des eigenen Lebens der Mutter selbst nicht bedroht.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die Parteimitgliedschaft und die Gewerkschaftsfrage.

Unter dieser Überschrift bringt die "Rote Fahne" Nr. 87 vom 5. August 1924 einen Artikel, in dem es einleitend heißt:

"A. E. Die Beschlüsse des 5. Weltkongresses der R.K. und des 3. Kongresses der R.C.I. über die Gewerkschaftsfrage haben weit über die Kreise der Parteimitgliedschaft hinaus lebhafte Debatten ausgelöst. Als gute Kommunisten anerkennen selbstverständlich alle Genossen — mit ganz wenigen Ausnahmen — die Pflicht, sich die Beschlüsse der höchsten Parteinstanz als Leitschnur ihres Handelns dienen zu lassen und sie in die Tat umzusetzen. Doch ein Beschluß, und selbst der beste, ist immer nur ein toter Buchstabe, und es kommt darauf an, wie er wirkliches Leben bekommt, d. h., wie er von der Masse aufgesucht und ob er freudig oder mit innerem Widerstreben in der Praxis angewandt wird. Und gerade hier ist festzustellen, daß die Zahl derjenigen Parteigenossen nicht klein ist, die die Moskauer Beschlüsse, speziell die für die deutsche Partei bestimmt, für nicht glücklich halten."

Auso: Kommunistische Partei läßt keine Finger von den Gewerkschaften, so denkt eine große Zahl kommunistischer Arbeiter, nach dem Gesündnis der "Roten Fahne".

Literarisches.

Der Arbeiter und die Schuhjolle. Von Karl Marchionini (Leipzig). Unter diesem Titel gibt der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes eine zeitgemäße 24seitige Broschüre heraus, die im gegenwärtigen Kampf gegen neue und erhöhte Schuhjolle weitestgehende Verbreitung erfordert. Der Bezugspreis der Broschüre beträgt 15 P.

Probleme der Baukostenverbilligung, ein Beitrag zur Verbilligung des Wohnungsbauens. Unter diesem Titel ist im Vorwärtsverlag (Berlin) eine von Dr. Ing. Martin Wagner verfaßte und vom Verband sozialer Baubetriebe herausgegebene Schrift erschienen, der angeht, der immer noch zunehmenden Wohnungswirtschaft besondere Bedeutung zukommt. Dr. Wagner geht in der Schrift davon aus, daß die Fachwelt das Problem der Baukostenverbilligung immer noch vom Standpunkt einer fünf- oder bestenfalls zehnprozentigen Verbilligung des Bauens behandelt, während heute nach Lage der Verhältnisse eine fünfzigprozentige Verbilligung das Ziel sein müsse. Der Verfasser weiß die Möglichkeit einer solchen Verbilligung durch eine neue Organisation der Bauwirtschaft nach. In einzelnen Abschnitten behandelt er die Verbilligungsmöglichkeiten, die sich erreichen lassen durch die Zusammenfassung und Vereinheitlichung der Bauarbeiter, die Sicherung des Bankkapitals, die Befreiung der ungeheuren Leerläufe in der Bauwirtschaft und im Baugewerbe, durch eine wirtschaftliche Betriebsführung, durch Normalisierung und Typisierung, durch eine zweckentsprechende Organisierung des Bankkapitals usw.

Die Schrift ist für 2 Mk. zu beziehen vom Vorwärtsverlag und vom Verband sozialer Baubetriebe, Berlin S. 14, Inselfer. 6.

Werden und Wesen der Astrologie. Von Robert Henseling. Mit 34 Abbildungen. Preis geh. 1,20 Gm., gebd. 2 Gm. Stuttgart, Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde, Frankfurter Verlagsbuchhandlung. Wenige ahnen, welche ungeheure Bedeutung das Werk in der Astrologie für die Vergangenheit hatte und wie stark es in uns noch wirkt. Ich und Welt, Gefügesachen und persönliches Schicksal — was hat es mit dieser Zwei-Einheit auf sich?

Will man die Astrologie begreifen und ihren Wert und Unwert beurteilen, so muß man ihre geistesgeschichtliche Entwicklung betrachten und sich mit den Grundzügen des modernen astronomischen Weltbildes vertraut machen. Dilemm. Zweck will das genannte Buchlein dienen. Bei aller Kürze und Verständlichkeit der Darstellung steht der Leser doch auch das astrologische Weltbild und System in einer geistesgeschichtlichen Notwendigkeit und Macht vor sich aufzusuchen. Ein kurzes Schluswort deutet den entwicklungsgeschichtlichen Ablauf der Gegenwart und Zukunft an die unsterblichen Fernbedenken der Astrologie an, die ja in ihrem ganzen sozialen Gehalt und ihrer prophetischen Praxis für uns tot und praktisch verloren geworden ist.

Verbandsnachrichten.

Der Kollege Johann Zimmermann, geboren am 15. November 1901 in Nördlingen (Schwaben), Buch-Nr. S. II 516 316, wird erachtet, seine Adresse der Zahlstelle Augsburg mitzuteilen. (Material ist eingegangen, Geld nicht.)

Die Abrechnung für das 2. Quartal haben eingefordert:

- Gen 1. Deine.
- Gen 2. Rosig, Groß-Rottmersleben.
- Gen 3. Ahlenbeck, Oderberg, Herzfelde, Sommerfeld.
- Gen 4. Trepow, Schwedan, Lissa.
- Gen 7. Schkeuditz.
- Gen 8. Arnstadt.
- Gen 9. Baireuth.
- Gen 10. Straubing, Kempen.
- Gen 11. Reutlingen, Wöhren.
- Gen 12. Gießen.
- Gen 14. Görlitz.
- Gen 15. Friedrichroda.